



Druck und politische Erpressung als Zugabe zur Theaterdiskussion

Pflichtgemäß hat die SPD-Fraktion die vom Bildungsminister vorgegebene Absichtserklärung zur Restrukturierung der Theater und Orchester als Antrag in die Rostocker Bürgerschaft eingebracht.

Bündnis 90/Die Grünen und CDU sind dem Antrag kurz darauf beigetreten. Offensichtlich fühlten sie sich an ihr Wort gebunden, das sie in einer kurzfristig einberufenen Zusammenkunft an die SPD/den Minister gegeben hatten. Teilnehmer des „Treffens“ waren teilweise nur telefonisch zugeschaltet. Eine inhaltliche Vorbereitung hatte es nicht gegeben.

In der vertrauten Runde, die keine gemeinsame AG aller Fraktionen wie zum Haushalt darstellte und Kritiker außen vorließ, wurden die Weichen für die Fusion der Theater von Schwerin und Rostock gestellt, denn in der Absichtserklärung wird nur noch von den Fusionsmodellen Landsoper und Landestheater gesprochen sowie von *„Beratungsleistungen zur Ausarbeitung der Modelle und Klärung von Detailfragen“*.

Damit verlassen die Antrag stellenden Fraktionen ihren eigenen Beschluss vom 05.12.2012, dessen Punkt 1 wie folgt lautete:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock spricht sich für den Erhalt eines eigenständigen Theaters in Rostock aus. Im Rahmen der Diskussion über die vom Kultusministerium vorgelegten Theater- und Orchestermodelle wird eine neue Variante mit den Standorten Rostock, Schwerin und Vorpommern favorisiert.“

Es war bereits damals zu befürchten, dass dieser Punkt nur eine Verschleierung für Punkt 2 gewesen ist:

„Sollte dies nicht möglich sein, sind auch andere Varianten als Diskussionsgrundlage, basierend auf den Modellen 4 und 7, in Betracht zu ziehen.“

Dass die Eigenständigkeit mit dem jetzigen Bildungsminister nicht möglich, d.h. nicht verhandelbar ist, wusste die SPD. Aber mit Punkt 1 gewann sie die erforderliche Mehrheit. Und verbal wurde, wie auch jetzt, immer nur von Prüfung geredet anstatt von Umsetzung, die nun aber endgültig mit beschlossen wird.

Alle drei Fraktionen schoben mit ihrem Antrag die Bitte der Verwaltung beiseite, bis Mitte März auf einen in Ruhe erarbeiteten Vorschlag zu warten, der zunächst im Hauptausschuss und dann in der Bürgerschaft debattiert und entschieden werden sollte. So zumindest war es am 19.02. vereinbart, was bereits am 25.02. durch die SPD hinfällig wurde. Verlässlichkeit scheint ein Fremdwort zu sein.

Inzwischen aber kamen Zweifel auf, was denn da vereinbart wurde. Die Linke ist die erste Fraktion, die nicht mehr mitspielen will, Mitglieder der Fraktionen von SPD und CDU haben ebenfalls Klärungsbedarf und werden zu Wackelkandidaten des spontan Vereinbarten. Mehrheiten schwanken, SPD und Bildungsminister müssen um ihre Absichtserklärung bangen.

Da hilft nur noch politisches Handeln: Eifriges Telefonieren des Bildungsministers höchst persönlich bei Bürgerschaftsmitgliedern.
Manch einer fühlt sich längst aus Schwerin unter Druck gesetzt.

Zudem verkündet die SPD überall, dass die FAG-Mittel, die für die Theater vorgesehen sind, künftig nicht mehr vom Innenministerium verwaltet und verteilt werden, sondern vom Bildungsministerium. Und wer sich der Brodkorbschen „Reform“ verweigert, würde künftig fast nichts mehr erhalten. Das nenne ich politische Erpressung der theatertragenden Kommunen und damit auch der Kommunalparlamentarier.

Die Hansestadt Rostock wird durch den Bildungsminister zur Wahl zwischen Pest und Cholera aufgefordert:

Beteiligt sie sich nicht an der Fusion mit dem Schweriner Theater, streicht der Bildungsminister FAG-Mittel in erheblichem Ausmaß, obwohl diese Vorwegabzüge und damit eigentlich auch Rostocker Mittel sind.

Beteiligt sich Rostock an der Fusion, trägt die Stadt die Hauptlast der Konsolidierung des Schweriner Theaters, denn genau dies ist Sinn und Zweck der Fusion. Der einzige Gewinner ist die Landesregierung, die ihren jährlichen Finanzausschuss festschreibt und von den Kommunen den Rest erwartet, einschließlich aller Tarifsteigerungen.

Pest oder Cholera aber sind keine Alternativen. Und der Verzicht auf Alternativen ist der Verzicht auf gestaltende Politik.

Wer im Interesse der Hansestadt Rostock handeln möchte, der prüft Alternativen und verkauft sich nicht kampflos an einseitige (Finanz-)Interessen. Vor allem aber kämpft er für demokratisch und transparent zustande gekommene Entscheidungen, frei von politischer Druckausübung und politische Erpressung.

01.03.13